

Viele Worte zur (nicht machbaren) Finanzierbarkeit des kommunalen Haushaltes

Wer die Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag verfolgt hat, wird die Forderungen und Erklärungen noch im Ohr haben. Dass der Bundeshaushalt eine Verschuldung von „über 80 Milliarden €“⁽¹⁾ aufweist „bei einem Gesamtumfang des Bundeshaushaltes von knapp 320 Milliarden €, das bedeutet 25 % Schulden ...“⁽⁴⁾ in einer Zeit der „tiefsten Wirtschaftskrise seit 1949“⁽²⁾ ist schockierend. Sie hat die Kommunen bereits erreicht. Nicht ohne Grund machen sich Bundespolitiker Gedanken um die Finanzierung der Gemeinden und Städte. Und wir uns Sorgen um die Finanzierbarkeit unseres Gemeindelebens. Die Frage ist: Was heißt dies für uns konkret? - Wir lassen die Bundespolitiker zu Wort kommen:

Die **SPD** als eine Oppositionspartei im Deutschen Bundestag sagte am 17.März 2010:

„[...] Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz wächst nichts, außer den Schulden. Sie hören doch die Hilferufe der Bürgermeister und Oberbürgermeister. [...] Zu den Einnahmeverlusten, die die Städte und Gemeinde haben – in diesem Jahr sind es bereits mehr als 10 Milliarden € - legen Sie noch eins obendrauf. Sie helfen ihnen nicht. Im Gegenteil: Sie nehmen ihnen noch einmal etwas weg: 1,6 Milliarden € allein durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz und zusätzlich durch die veränderte steuerliche Berechnung bei Leasing und Funktionsverlagerung ins Ausland. Bei zukünftigen Einkommensteuersenkungen können noch weitere Einnahmeverluste in Milliardenhöhe hinzukommen. Das geht so nicht! So können wir die Kommunen in Deutschland nicht alleine lassen. [...]“⁽³⁾

Die **Bundeskanzlerin** antwortete:

„[...] Es ist richtig, dass die Gesundheitskommission heute ihre Arbeit aufnimmt. Genauso ist es richtig, dass der Bundesfinanzminister eine Gruppe zur Zukunft der Kommunal Finanzen, an der Sie [die SPD] über Ihre Länder Gott sei Dank mitarbeiten, eingerichtet hat. Es reicht doch nicht, einen Schutzschirm für die Kommunen aufzubauen, wie Sie es fordern. Das ist vielleicht etwas, das den Kommunen in einer Krise hilft. Aber langfristig sind die Kommunen in einem Zustand, wo die Finanzierung nicht auf Nachhaltigkeit beruht. Zwischen 2000 und 2008 sind in den Kommunen die Sozialausgaben um 50 % gestiegen und die Baukosten um 20 % eingebrochen. Dieser Weg muss umgekehrt werden. Da brauchen wir eine Trendwende. Ansonsten wird es keine kommunale Politik mehr geben, die selbsttätig arbeiten kann und an der sich die Menschen aus Lust ehrenamtlich beteiligen. Wir wollen das. Deshalb stellen wir uns dieser Aufgabe. Man kann nicht vom ersten Tag an sagen, was alles nicht geht, sondern man muss überlegen, was geht; denn die Kommunen sind die Grundlage des Lebens der Menschen in diesem Land. [...]“⁽⁵⁾

Die **FDP** legte als zweite Regierungspartei nach:

„[...]Herr Steinmeier, Sie haben hier Krokodilstränen über den Zustand der Finanzen der Kommunen geweint. An dieser Stelle möchte ich Ihnen sagen: Das beschäftigt uns alle. Ich unterstelle das jedem in diesem Haus. Allerdings wissen wir alle, dass das Problem der kommunalen Finanzen vor allen Dingen daran liegt, dass sie extrem konjunkturabhängig sind. Wir haben seit Jahren immer deutlich gemacht, dass wir hier eine Veränderung, eine Stabilisierung der Finanzierung der Kommunen brauchen. [...] Wir haben jetzt eine Regierungskommission eingesetzt und werden uns dieser Aufgabe stellen. [...]“⁽⁶⁾

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als Oppositionspartei widerlegte:

„[...]Sie [Frau Merkel] haben auch nicht gesagt, wie es mit dem Thema Steuersenkungen weitergehen soll. Sie reden hier über kommunale Finanzen. Klar ist aber: beides geht nicht. Man kann nicht die Steuern senken und gleichzeitig behaupten, die Kommunen hätten genug Geld, um ihren Aufgaben in der Daseinsvorsorge nachzukommen. Das passt nicht zusammen. Wo war hier das klare Wort der Bundeskanzlerin? Es kam gar nichts, und ich weiß auch warum. Sie haben mal wieder einen Arbeitskreis gegründet, in dem es – mal wieder – um die FDP geht, die die Gewerbesteuer und damit die Finanzgrundlagen für die Kommunen eigentlich abschaffen will. [...]“⁽⁷⁾

Die **SPD** äußerte:

“ [...]Sie treiben mit diesem Haushalt nicht nur die Bundesschulden in die Höhe, Sie ruinieren gleichzeitig auch noch die Länderhaushalte und vor allen Dingen die Kommunalhaushalte. Die Städte und Gemeinden sind in einer schwierigen Situation. Das wird von Dr. Gerd Landsberg - er ist der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes – wie folgt zusammengefasst: Die Lage der Kommunen ist nicht schlecht, sie ist katastrophal. Er hat recht. Christian Ude, der Oberbürgermeister von München, sagt: Unsere Städte bluten aus. Die Oberbürgermeisterin von Frankfurt/Main und Präsidentin des Deutschen Städtetages sagt: Die Städte liegen auf der Intensivstation. Das sind Äußerungen von wichtigen Kommunalpolitikern, nachdem die beiden Gesetze von Ihnen mit schwarz-gelber Mehrheit durch den Bundestag gebracht wurden, die dazu führen, dass den Kommunen in diesem Jahr und auch in den kommenden Jahren deutlich weniger Geld zur Verfügung steht. [...] Die Kommunen, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind das Fundament der Demokratie und nicht das Kellergeschoss. Wenn das Fundament Risse bekommt, dann bekommt auch das Haus Risse, und die Menschen, die darin wohnen, bekommen Angst. [...] Die Kommunen brauchen Hilfe. [...]“⁽⁸⁾

Die **CDU** konterte:

„[...] Im Übrigen, Herr Kollege Scheelen, sind wir mit den Kommunen im Gespräch. Wir haben eine Kommission für die Gemeindefinanzreform eingesetzt, weil wir die schwierige Situation unserer Kommunen sehen und diese Schwierigkeiten gemeinsamen mit den Kommunen lösen wollen. [...]“⁽⁹⁾

Zum Schluss noch einmal die **SPD**:

„[...] Die SPD-Fraktion hat sich überlegt, wie man von der Bundesebene Kommunen unterstützen kann. Ich habe im Haushaltsausschuss den Antrag gestellt, die Mittel für die Kulturstiftung des Bundes um 2 Millionen € zu erhöhen, um kleine Projekte in der Fläche zu organisieren. Dadurch würden die Kommunen unterstützt. Diese Chance wurde vertan, weil die Regierungsfaktionen, Schwarz-Gelb, Nein gesagt haben. [...]“⁽¹⁰⁾

Diese Debatte lässt für unsere Gemeinde auf längere Sicht eine Politik des noch knapperen Geldes erwarten, defizitäre Gemeindehaushalte, Kürzungen für uns Bürger und Einsparungen in den Leistungen. Dies verspricht jedoch zukünftig auch interessantere und lebhaftere Sitzungen in unserer Gemeindevertretung und neue (Spar)Ideen, die (noch) nicht politisch durchsetzbar sind. Ein Thema für sich.

Ihre

UWA

Ammersbek, im Mai 2010

Dieter Cordes & Ralph Otto
(2.Vorsitzender) (Schriftführer)
Für den Inhalt verantwortlich

*Alle Zitate aus „Das Parlament – Debattendokumentation“ – vom 22.März 2010 –
Haushaltsdebatte am 17.März 2010; 30.Sitzung des 17.Deutschen Bundestages*

- (1) – (3) Dr. Frank-Walter Steinmeier, SPD
(4) – (5) Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin
(6) Birgit Homburger, FDP
(7) Renate Künast, Bündnis 90/Die Grünen
(8) Bernd Scheelen, SPD
(9) Dr. Hans-Peter Friedrich, CDU/CSU
(10) Petra Merkel, SDP